



Resolution der JUSO Schweiz zu den aktuellen StudentInnenprotesten *Angenommen von der DV der JUSO Schweiz vom 12. Dezember 2009*

Als Sozialistinnen und Sozialisten kämpfen wir für Freiheit und gegen Bevormundung. Frei sind Menschen nur, wenn sie über genügend Informationen verfügen um sich gegen eine Vereinnahmung von aussen zu wehren. Bildung ist damit ein Grundpfeiler der Demokratie. Sie hat drei Ziele: Die Emanzipation und Selbstverwirklichung des Individuums und die Generierung von gesellschaftlichem Wissen. Zu diesen Zielen sollen auch die Hochschulen, also Universitäten und Fachhochschulen, beitragen. Bildungsinstitutionen sind Aufgabe der öffentlichen Hand. Private haben in der Bildung nichts zu suchen.

Bologna und die Protestaktionen

Die JUSO Schweiz befürwortet im Grundsatz die Bestrebungen nach einem harmonisierten Hochschulraum Europa. Der Bologna-Prozess weist jedoch eine ganze Reihe von Fehlern auf. Die Reform führt im Einklang mit der Lissabon-Strategie zu einer Ökonomisierung und Verschulung der Hochschulen. So wurde der Bologna Deklaration erst 2007 der Pfeiler „employability“ hinzugefügt. Es geht heute bei der ganzen Reform vor allem darum, die Universitäten an den Ansprüchen „des Marktes“ auszurichten.

Bologna hat nicht zu einer höheren studentischen Mobilität geführt – im Gegenteil: Die studentische Mobilität ist sogar im Abnehmen begriffen. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe von Mängeln an der schweizerischen Umsetzung des Bolognaprozesses. Insbesondere muss die Schweizer Politik einsehen, dass eine erfolgreiche Reform nicht gratis zu haben ist. Wir unterstützen deshalb die europaweiten Studierendenproteste und solidarisieren uns mit den Besetzungen. Die JUSO Schweiz ist bereit, die demokratisch formulierten Forderungen in den politischen Prozess auf nationaler Eben einzubringen. Wir wehren uns aber gleichzeitig gegen die Vereinnahmung der Aktionen durch undemokratische Gruppierungen.

Proteste ausweiten!

Wir Jusos wollen die Proteste ausweiten: Bildungspolitik endet nicht beim Ausgang der Aula. Wir fordern nicht nur Verbesserungen für die akademische Bildung, sondern ebenso für NichtakademikerInnen. Nicht-AkademikerInnen sollen für Weiterbildungen ebenfalls grosszügige Stipendien erhalten. Wir wollen eine Universität für alle. Nicht „Exzellenz für die Elite“ ist das Ziel, sondern „Exzellenz für alle!“. Als Zeichen des gemeinsamen Protestes fordern wir die Studierendenschaften auf, ihre Angebote für Nicht-AkademikerInnen zu öffnen (ASVZ, Bücherläden, etc.).

Wir fordern zusammen mit den protestierenden Studierenden:

Keine Benachteiligung der NichtakademikerInnen

- Wir fordern, dass jeder und jede unabhängig von seinem oder ihrem Bildungsgrad nach 10 Jahren in der Arbeitswelt einen freien Zugang zur Hochschulbildung erhält

Keine Selektion an den Hochschulen

- Wir fordern die Abschaffung der Studiengebühren
- Wir fordern einen Ausbau und eine materielle Harmonisierung des Stipendienwesens
- Wir fordern die Abschaffung jeglicher Zugangsbeschränkungen (z.B. Numerus clausus) an den Hochschulen

Keine Ökonomisierung der Hochschulen

- Wir lehnen die private Finanzierung von Studiengängen oder Instituten ab!
- Wir wollen keine Studiengänge, die sich ausschliesslich nach dem Arbeitsmarkt richten
- Wir fordern die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse
- Wir fordern Teilzeitstudiengänge an allen Fakultäten

Mehr Demokratie wagen

- Wir fordern verfasste Studierendenschaften an allen Unis
- Wir fordern eine Demokratieverfassung für das gesamte Bildungswesen: StudentInnen, SchülerInnen, LehrerInnen, ProfessorInnen, Assistentierende und Angestellte sollen gemeinsam in lokalen und nationalen Universitätsparlamenten entscheiden!

Mehr Breite wagen

- Wir fordern kritische Universitäten. Dazu braucht es verstärkt kritische Lehrangebote.